

*Feindbild China:*

## ***Die deutsch-chinesische Konkurrenz im Spiegel der deutschen Öffentlichkeit***

Zunächst möchte ich einen Überblick über meinen Vortrag geben:

Ich werde in einem ersten Teil analysieren, wie in der deutschen Öffentlichkeit über China berichtet und nachgedacht wird. Dabei werde ich einige Schlüsse ziehen und in einem zweiten Teil über das dem *Bild* zugrunde liegende reale *Verhältnis* der Nationen nachdenken. In einem dritten Teil würde ich gerne darüber sprechen, was die heutige Volksrepublik kennzeichnet: die neuen sozialen Klassen, die Gründe für ihren ökonomischen Aufstieg, das Programm der KP heute.

### ***Teil 1: Das China-Bild der deutschen Öffentlichkeit***

Wenn man sich fragt, wie China in der deutschen Öffentlichkeit vorkommt, dann kann man eines wirklich nicht mehr sagen: Dass man heute zu *knapp* informiert wird über dieses Land. Aber *was* erfährt man eigentlich?

Bemerkenswert ist – vor den negativen Tönen – zunächst einmal, wie viel *Be-wunderung* es gibt. Seitenweise und in jeder Menge Reportagen wird man informiert über den ungeheuerlichen *Aufstieg*, den das Land seit einigen Jahren hinlegt.

- da stehen Wachstumszahlen und Exporttabellen; die PISA-Ergebnisse der Shanghaier Schüler, die Summen chinesischer Uniabschlüsse;
- da sieht man Bilder der Hochhausschluchten chinesischer Großstädte, die zeigen sollen, dass sich dahinten in Asien mit geradezu atemberaubender Geschwindigkeit ein neues Zentrum des Weltkapitalismus entwickelt;
- vom angebrochenen Jahrhundert ist als dem „asiatischen Jahrhundert“ die Rede;
- und seit die Finanzkrise tobt, hängt nach Ansicht unserer Journalisten die gesamte Weltwirtschaft ganz wesentlich vom Wachstum Chinas ab.

Das erste Bemerkenswerte in all diesen Berichten ist der *Maßstab*, der da deutlich wird. Was ist das Beeindruckende und was macht China in den letzten Jahren so spannend? Sein praktischer Erfolg in der Weltmarkt- und Staatenkonkurrenz! So – und um es mal polemisch zu sagen, so *banal!* – wird also nachgedacht im freien Westen. Nichts macht der Befassung mit einem Land offensichtlich mehr Beine, als dass dieses Land ökonomisch und politisch etwas hermacht und vielleicht sogar „uns“ gefährlich werden kann.

Das ist auch schon das zweite Bemerkenswerte: die geistige *Leitplanke für das Nachdenken* über die Volksrepublik: Das ist das *nationale „wir“*, von dem aus China begutachtet wird. Als sei das völlig selbstverständlich, gibt es eine Art *kollektive Haltung*, die bei dieser Art von Länderkunde eingenommen wird. De-

ren Grundfrage lautet: Was heißt China und sein Aufstieg eigentlich für *uns Deutsche*?

Werfen wir mal einen Blick auf die Titel der entsprechenden Bücher und specials: „China – eine Weltmacht kehrt zurück“ (Seitz), „Herausforderung China“ (Hirn), „Das asiatische Jahrhundert“ (Pilny), „Globaler Rivale – Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens (Sandschneider) und natürlich die quasi im Jahresrhythmus veröffentlichten Bücher des Handesblatt-Journalisten Frank Sieren „Der China-Schock – Wie Peking sich die Welt gefügig macht 2010, Angst vor China – wie die neue Weltmacht unsere Krise nutzt 2011, Geldmacht China – wie der Aufstieg des Yuan Euro und Dollar schwächt 2013“. Dann die Specials der Wochenblätter „China - Aufstieg zur Weltmacht“ bzw. „China, die unberechenbare Supermacht“ und „Chinas Welt – was will die neue Supermacht (alle Spiegel), „Chinas Wirtschaft – Bedrohung oder Chance?“ (das Fond-Magazin für Manager) usw. usf. – eine wirklich endlose Reihe der immer gleichen Fragestellung.

*Was bedeutet das neue China für Deutschland und seine Konkurrenz auf dem Weltmarkt bzw. in der Staatenkonkurrenz* – das ist die angesagte Brille, durch die hierzulande gewohnheitsmäßig und sehr klassenübergreifend geblickt wird.

Dieser Standpunkt – China als neue und mächtige Konkurrenz wahrzunehmen – bringt nicht nur Hochachtung vor den bisherigen chinesischen Erfolgen hervor, sondern stachelt offensichtlich zu einer kollektiven *Sorge* an. Auch das bringen die zitierten Titel deutlich zur Anschauung: Herausforderung, unberechenbar, Bedrohung, Schock etc. Und auch das verrät schon etwas. In dieser Welt ist es anscheinend nicht so, dass sich der Rest der Staatenwelt und mit ihm seine Völker einfach unbefangen *freuen*, wenn es einem Land gelingt, Armut und Unterentwicklung hinter sich zu lassen. Jahrzehntelang hat man hier im Westen vom maoistischen China verlangt, es solle seine sozialistisch-spinnösen Ideen sein lassen. Und jetzt, wo sich das Land zum Kapitalismus bekehrt hat und nach den Erfolgskriterien dieser ihm immerzu ans Herz gelegten Produktionsweise offenbar ziemlich vieles richtig macht und entsprechende Erfolge feiert – was ist da los? Kehren Freude und Harmonie ein?

Weil in dieser Welt der Marktwirtschaft und Staatenkonkurrenz jeder Erfolg *auf Kosten anderer* abläuft, ist ein solcher Newcomer neben allen *Geschäftsmöglichkeiten*, die er anderen eröffnet, ganz offensichtlich auch Grund zur Sorge um die eigenen Konkurrenzaussichten und damit für eine immer auch latent feindselige Stellung zu ihm.

Auch das regt das Nachdenken und Berichterstaten über China ungemein an – dieses Mal eben in negativer Richtung. Die Fragestellung lautet ganz generell ungefähr so: *Ist der Erfolg, den dieses Land aufzuweisen hat und dem man seinen Respekt nicht versagen kann und will, eigentlich mit rechten Dingen zustande gekommen?* Die Antwort lautet, wie vorherzusehen ist, wenn man so fragt:

Nein, ist er nicht! Interessanterweise marschieren dann viele der bewundernden Aspekte erneut auf – jetzt aber mit einer eindeutig negativen Wertung.

- Der *Produktivitätsfortschritt*, der Chinas Weltmarkterfolge möglich macht, beruht dort drüben entweder auf Industriespionage oder auf – man höre und staune! – purer *Ausbeutung* (von Menschen und Natur).

- Die *Waren*, mit denen es seine Devisen einheimst, sind nach allen Regeln der Kunst kopiert, gefälscht und vielleicht sogar vergiftet – wiederum: natürlich nur in China.

- Die *Geschäftsmöglichkeiten*, die das Land unseren Unternehmen bietet, sind – unerhört! – so gestrickt, dass die chinesischen Partner stets viel besser dabei wegkommen. Auf Dauer haben sich die chinesischen Kapitalisten so nicht nur ihren *heimischen Markt* unter den Nagel gerissen (dessen Eroberung „wir“ offenbar fest für „uns“ verbucht hatten), sondern kommen uns jetzt auf allen Märkten dieser Welt in die Quere (was offensichtlich eine Frechheit ist, da „unser“ Besitzstand!)

Generell zielen diese Berichte auf das Urteil: Chinas Aufstieg kommt mit unlauteren Mitteln zustande. Seine Geschäftsleute agieren nicht kapitalistisch, sondern – Achtung! Jetzt kommt es zu *interessanten Differenzierungen*! – „brutal“ „früh“- bzw. „manchester“-kapitalistisch. Zu solchen Formulierungen greift jemand, der das *Prinzip* aus gutem Grund ungeschoren lassen will, aber einen Vorbehalt gegen den vorbringen will, der es erfolgreich anwendet.

Vor allem aber wendet man sich mit seinem Ärger gegen den chinesischen *Staat* und seine KP-Führung. Zwar ist klar, dass man es einzig und allein dieser KP zu *verdanken* hat, dass die westlichen Geschäftsleute und Staaten mit China einen für sie inzwischen unverzichtbaren Zuwachs ihres Weltgeschäfts bekommen haben. Das hindert aber keinen westlichen Journalisten, genau in dieser KP ein eigentlich unerträgliches *Hindernis* zu sehen und sie dauernd zu attackieren – und das sicher ein ganzes Stück fundamentalistischer als diejenigen, die tatsächlich praktisch Geschäfte in China machen oder mit dessen Regierung zu verhandeln haben. Mit süffisantem Unterton schlägt man der chinesischen „kommunistischen Partei“ um die Ohren, dass es in ihrem Land schlimmste Ausbeutung und soziale Missstände aller Art gibt. Das sagen übrigens dieselben Stimmen, die hier tagtäglich dem Volk vorhalten, dass sein Lebensstandard zu hoch, seine Arbeitszeit zu kurz und überhaupt seine sozialstaatliche Vollkasko mentalität von gestern ist.

Der schlimmste Vorwurf, den man gegen die KP auf der Pfanne hat, ist allerdings der, dass diese Partei ihrem Volk das *Wählen* verweigert, also diese gerade wieder anstehende Veranstaltung gelebter Demokratie, bei der man sich erneut aussuchen darf, welche Figur einem die nächsten paar Jahre das ansagt, was sowieso feststeht: Die Geschäfte der Unternehmen und Banken müssen wieder laufen, die Wirtschaft muss wachsen und dafür muss es unten die entsprechenden Opfer geben. Weil es das in China nicht gibt, soll sich der ganze Staat dort

auf eines zusammenkürzen: Er *unterdrückt*, er ist (was man hier an nichts wahrnehmen will) *Gewalt* gegen seine Gesellschaft – und dieses ziemlich eindimensionale Urteil kann man sich natürlich wieder auf diversen Feldern lebhaft bebildern:

- niemand braucht hier zu wissen, wie viele Zeitungen es in China gibt und schon gar nicht, was in ihnen drin steht, um in einer Frage ganz sicher zu sein: in der VR wird die *Pressefreiheit* mit Füßen getreten. Und umgekehrt wundert sich anscheinend auch niemand darüber, dass unsere freie Presse ganz ohne jede Zensur die immer gleichen Kommentare produziert – und das nicht nur zu China!
- jeder weiß, dass China gemein mit seinen *Oppositionellen* verfährt, ob mit seinem Nobelpreisträger oder Ai Weiwei. Ganz im Unterschied zu hier natürlich, wo erklärte Systemgegner bekanntlich als willkommene Bereicherung des Meinungsspektrums aufgefasst und in jede Talkrunde eingeladen werden;
- während bei uns „islamische Fundamentalisten“ und ihre störenden Parallelgesellschaften völlig zu Recht ins Visier genommen, verfassungsrechtlich einwandfrei bekämpft und öffentlich diffamiert werden, stellen wir uns in China ganz selbstverständlich auf die Seite der nationalen Minderheiten der Muslime und Tibeter, deren separatistische Forderungen und gewaltsame Unruhen so eindeutig wie sonst nirgends auf der Welt gegen die böse Zentralgewalt sprechen.

Zusammengefasst kann man das in der Tat ein virulentes *Feindbild* nennen. Phänomene, die keineswegs speziell dem chinesischen Staat zuzurechnen sind – ökonomische Ausbeutung, rücksichtsloser Umgang mit der Natur, staatliche Repression, Korruption, außenwirtschaftliche Expansion (Chinesen in Afrika!), militärische Aufrüstung (die ja auch nicht die Chinesen erfunden haben, geschweige denn, dass sie die größte Militärmacht sind!), ja selbst die patriotische Begeisterung des Volks für seinen Staat (die man hier permanent einfordert!) – werden *dort* zum Skandal erklärt.

Einschub: Selbstverständlich weiß man in den meisten Fällen sehr genau, dass es all das in vielleicht verwandelter Form, aber *im Prinzip* auch bei uns gibt, Fälle offener Diskriminierung und politischer Unterdrückung spätestens bei den von uns unterstützten „befreundeten Regimen“ in Afrika, dem Nahen Osten und Lateinamerika. An dieser Stelle greift allerdings eine interessante Logik: hierzulande oder bei mit uns befreundeten Staaten sind all das kritikable „*Ausnahmen*“, die auf ein moralisches oder staatliches „*Versagen*“ zurückzuführen sind – während es drüben, in China, *Prinzip* ist.

An dieser Art selektiver Wahrnehmung und missgünstiger Erklärung merkt man, dass da Leute nachdenken, die den Nutzen, den *Erfolg*, den der chinesische Staat aus den angeprangerten Tatbeständen zieht, nicht leiden können.

Mein Schluss daraus: Dieses ganze ebenso dumme wie ständig wiederholte *Feindbild* entspringt – wie immer übrigens! – einer sehr realen Konkurrenz und darin einer regelrechten, wenn auch erst beginnenden *Feindschaft*.

## ***Teil 2: Dem Feindbild liegt eine Feindschaft zugrunde***

Die Gründe dieser Feindschaft liegen einerseits auf der Hand: China *ist* das neue ökonomische, politische und auch militärische Schwergewicht auf der Welt, es macht den Europäern, die ihrerseits die Dominanz der USA attackieren wollten, das Leben schwer und auch die Amerikaner leiden darunter, dass sie dieses Land nicht in ihre schöne Weltordnung einordnen können und ihre einzigartige Supermachtstellung angegriffen ist.

Andererseits ist mit diesem Befund, der ja so auch schon überall zu lesen ist, eigentlich noch nicht viel erklärt.

Man hat damit nämlich die gesamte ökonomische und politische Ordnung dieser Welt so ungefähr als selbstverständlich unterstellt. Als müsste man nicht erst einmal fragen, warum und vor allem worum eigentlich alle Staaten konkurrieren und in welchem Verhältnis das zu ihrer politisch-militärischen Konkurrenz steht.

Ein Beispiel, diesmal aus der Wissenschaft: „*Washington und Peking wachsen ökonomisch immer enger zusammen. Dennoch begreifen sie sich als strategische Rivalen und schließen langfristig einen militärischen Schlagabtausch nicht aus. Die Volksbefreiungsarmee wird auf ein solches Szenario systematisch vorbereitet. Warum also halten die USA an ihrer Zusammenarbeit mit China fest?*“ (das fragt ein Fachmann der Internationalen Politik, Martin Wagener von der Uni Trier, IP, März-April 2011)

Hier wird die Konkurrenz der beiden großen Weltmächte USA und China einerseits thematisiert, andererseits gar nicht begriffen. Es wird nämlich ein ganz falscher Gegensatz aufgemacht. „Wachsen ökonomisch immer enger zusammen. Dennoch begreifen sie sich als strategische Rivalen“ – wo kommt da das „*dennoch*“ her? Als würde ökonomische Kooperation eine militärische Konfrontation überflüssig machen, verhindern, ausschließen! – eine verkehrte Bestimmung von „ökonomischer Kooperation“ liegt da zugrunde. Denn Staaten kooperieren in dieser modernen „globalisierten Welt“ ja genau deshalb, weil jeder das eigene Territorium für ein gar nicht genügend großes Mittel seines Reichtumserwerbs hält. Ihre Kooperation dient insofern immer dazu, *sich am anderen* zu bereichern – weshalb das Resultat auch keineswegs in einem wechselseitigen und gemeinsam wachsenden Nutzen der Nationen besteht. Weil das so ist, weil es für jede der großen Nationen also darum geht, ob sie den Nutzen aus dem Welt-handel zieht (oder eine andere), gehört zum „friedlichen“ Handel *Gewalt* notwendigerweise dazu – im Ausgangspunkt, damit sich die Staaten überhaupt respektieren und in ein ökonomisches Verhältnis miteinander treten, als stetige Be-

gleiterscheinung zur Abwicklung der ökonomischen Interessensgegensätze und schließlich als selbständiges strategisches Programm der Staaten, um im globalen Gewalthaushalt entsprechende Positionen zu erobern.

Diese Bestimmung gilt selbstverständlich für *alle* Staaten, die sich an der globalen marktwirtschaftlichen Konkurrenz beteiligen – insofern interessant, dass im obigen Zitat die Vorbereitung auf einen „militärischen Schlagabtausch“ alleine bei der Volksbefreiungsarmee verortet wird. Das ist wieder so ein Fall von parteilicher Sicht auf die Welt. Nur für jemanden, der als guter Verbündeter der Amerikaner die *gültige* Weltordnung für quasi „natürlich“ hält, spricht: die Position der unangefochtenen Supermacht, die die USA sich in mit ihrem Programm, dem freien Handeln weltweit Bahn zu schaffen in zwei heißen und einem kalten Weltkrieg erobert haben, stellt sich die Weltlage nämlich so dar, dass China ein *Störenfried dieser Weltordnung* ist, seine Armee den aggressiven Part übernimmt, während Amerika diese Ordnung doch nur „garantiert“ und für ihre „Stabilität“ sorgt (z.B. im neuen Programm seiner Pazifik-Strategie).

Bemerkenswert ist an diesem Gedanken zweierlei:

- erstens kann man an ihm den ganzen Witz von „Verteidigung“ begreifen. Wer viele und mächtige Interessen in der Welt hat, der hat entsprechend viel zu *verteidigen*. Wer gar die überlegene Stellung der Supermacht besitzt, die selbst die „Ordnung“ und damit die Bedingungen herstellt, an der sich dann alle anderen abarbeiten dürfen, der ist selbstverständlich von jeder Angelegenheit auf der Welt „betroffen“, weil er sich für den gesamten Globus für zuständig erklärt hat.
- Das zweite betrifft die Stellung der Wissenschaft dazu. Die Internationale Politikwissenschaft macht schlicht und ergreifend diese praktische Positionen der westlichen Staaten, speziell der USA, zur *Grundlage ihres Nachdenkens* – keine Distanz, kein Versuch einer theoretischen Erklärung der ökonomischen wie der politisch-militärischen Konkurrenz, stattdessen ebenso unbegriffene wie haltlose Einschätzungen im Sinne einer ideellen Politikberatung.

Wenn man also von der Konkurrenz der Staaten in der modernen globalisierten Welt redet, dann sollte man sich bitte schön einmal für die *Prinzipien* interessieren, nach denen die funktioniert. Mit anderen Worten: man sollte sich die politische Ökonomie der kapitalistischen Marktwirtschaft – *Produktion mit dem Zweck Geld* – anschauen und das, was heute, in einer Welt freier souveräner Staaten *Imperialismus* ist. Da möchte ich nach 150 Jahren SPD-Geschichte doch einmal deutlich an Karl Marx erinnern und auf die etwas aktuelleren Analysen der Zeitschrift *Gegenstandpunkt* verweisen, die sich seit Jahr und Tag ausführlich mit diesen Themen befasst.

Zudem verpasst man mit dieser Antwort – ach so, klar die Chinesen konkurrieren jetzt auch ganz oben mit! – *geradezu alles*, was am Fall der Volksrepublik wirklich *erklärenswert* ist. Wie schon erwähnt: vor lauter Aufregung darüber, wie *schnell* der phänomenale Aufstieg dieser Nation verläuft, was die Chinesen heute schon alles können und wo sie uns überall schon in die Quere kommen,

fragt man gar nicht, *was* das denn eigentlich für ein Programm ist, bei dem China so erfolgreich mitmischet. Und man erklärt dann auch gar nicht, wieso ausgerechnet die Volksrepublik in dieser Konkurrenz reussiert – wo sich doch inzwischen alle Staaten (bis vielleicht auf Kuba und Nordkorea) eben diesem Prinzip verschrieben haben und natürlich alle darin erfolgreich sein *wollen*.

Einfach nur „Billigkeit der Arbeitskraft“ und „Diktatur“ – das kann es jedenfalls nicht sein, denn dafür hat der freie Westen wirklich in genügend Ländern der Dritten Welt mit aller nötigen Gewalt und Gemeinheit gesorgt. Es gehört schon einiges mehr dazu, um diesen interessanten Sonderfall der Weltgeschichte zu erklären.

### ***Teil 3: China – eine erfolgreiche Marktwirtschaft unter kommunistischer Führung***

Die Kommunistische Partei, die Führung Chinas, hat sich aus ihren nationalen Gründen heraus dazu entschlossen, zu kapitalistischen Produktionsmethoden überzugehen und China für den Weltmarkt zu öffnen (warum sie das getan hat, wäre ein eigenes Thema, ich mache an dieser Stelle explizit Werbung für mein Buch, das sich ausführlich dieser Erklärung widmet!). Sie hat damit einen Weg eingeschlagen, den die gesamte westliche Welt für so selbstverständlich hält, dass sie gleichzeitig nicht die geringste Ahnung davon hat, was alles gegeben sein muss, damit Kapitalismus überhaupt funktioniert. Entgegen sämtlichen FDP-Vorstellungen ist Marktwirtschaft und schon gleich eine *erfolgreiche* Marktwirtschaft nämlich keineswegs, dass sich der Staat *zurückzieht* und die Kräfte des Marktes wirken lässt. Diese berühmten Kräfte, die invisible hand oder wie auch immer man sie nennt, gibt es nämlich gar nicht einfach so. Im China des Jahres 1978, als der entscheidende XI. Parteitag stattfand, sind keine privaten Unternehmer vorhanden, die über Geldvermögen verfügen und bereit wären, daraus mit produktiven Investitionen mehr zu machen; es ist auch nicht so, dass massenhaft eigentumslose Arme auf der Straße rumstehen und gezwungen sind, sich um jeden Preis gegen Lohn zu verdingen. Und zuguterletzt gibt es auch keine staatlichen Behörden und Ministerien, die wüssten, was zur rechtlichen Absicherung und zur funktionellen Betreuung der angepeilten marktwirtschaftlichen Produktionsmethoden überhaupt nötig ist.

Alles das *erzeugt* die Kommunistische Partei in den nächsten Jahren von oben in ihrem Land.

1. Sie lässt die neuen sozialen Klassen entstehen, indem sie die chinesischen Menschen von ihren bisherigen sozialistischen Rechten trennt und indem sie die private Aneignung bisherigen Volkseigentums zulässt.
2. Sie beendet die Abschottung Chinas vom Weltmarkt und stellt ihr Volk als Mittel kapitalistischer Bereicherung zur Verfügung.
3. Das, was sich die entstandene nationale Bourgeoisie in Europa und Amerika zusammen mit den Arbeitern als den „bürgerlichen Staat“ erkämpft hat, das ver-

sucht sie durch ein bis heute andauerndes Experiment auf die Beine zu stellen: sie ändert sich selbst und ihren Staat, ihrer neuen Ökonomie zuliebe.

Die genannten drei Punkte will ich nun näher erläutern. Dabei will ich einen Beweis antreten. Von der Öffentlichkeit hier wird China dafür gelobt, dass es ökonomische Freiheit zugelassen hat, getadelt für den politischen Zwang, den es ausübt. Ich will beweisen, dass diese beiden – ökonomische Freiheit und politische Gewalt – notwendig zusammen gehören.

Ad 1.)

Deng Xiaoping hat seinem Volk in schönster chinesischer Offenherzigkeit die Devise „Bereichert euch!“ ans Herz gelegt. Was damit als „neue ökonomische Freiheiten“ peu à peu in die Gesellschaft einpflanzt wurde, ist nichts anderes als der Zwang zur *Konkurrenz*. Ganz egal, wie ihnen im Einzelfall die *bisherigen* Kollektive, ihre Plänen und ihre Resultaten ge- oder missfallen haben; ganz egal auch, was sie von den *neuen* Prinzipien der „sozialistischen Modernisierung“ in Zukunft haben – die neuen staatlichen Vorgaben haben *alle* Chinesen praktisch zu dem *gezwungen*, was in bürgerlichen Gesellschaften *Freiheit* heißt: Aus vormals kollektiv organisierten und kooperativ produzierenden Bauern und Arbeitern werden Schritt für Schritt (wieder) lauter Privatpersonen bzw. private Eigentümer, denen gar nichts anderes übrig bleibt, als ihren Lebensunterhalt oder auch eventuellen Reichtum *gegen* und *auf Kosten* aller anderen zu erwirtschaften – das ist nämlich das Prinzip oder auch die vielgelobte Vernunft der kapitalistischen Produktionsweise!

Damit entstehen im vorher egalitären China (wer sich erinnert: das war ja immer ein Vorwurf an die Adresse Maos: alle gleich, alles blaue Ameisen, nix Individuelles zu sehen!) die neuen sozialen Klassen der chinesischen Gesellschaft. Und wir sind soz. Zeitzeugen eines solchen Prozesses, der bei uns schon so lange zurückliegt, dass uns seine Prinzipien und Resultate inzwischen völlig selbstverständlich vorkommen!

- a) *Bauern* – sie haben jetzt die Freiheit, produzieren und selbst verkaufen zu dürfen – damit einen gehörigen Zwang, weil sie jetzt ganz und gar zurückgeworfen sind auf das, was sie selbst verdienen. Das tun sie nach Kräften, ihr Wille zur Selbstaussbeutung funktioniert vielleicht tatsächlich besser als vorher die Direktiven der Partei. Eine produktive Landwirtschaft entsteht so natürlich trotzdem nicht – deshalb hat es in den 1980er Jahren jede Menge staatliche Hilfe gegeben, ironischerweise weit mehr als vorher in der sozialistischen Etappe, in der man die Landwirtschaft der Entwicklung der Schwerindustrie untergeordnet hatte. Ergebnis: viele kleine Krattler und eine regelrecht industrielle Landwirtschaft können das Land inzwischen locker ernähren, China ist heute schon einer der großen Lebensmittel-Exporteure. Mehrere hundert Millionen Menschen sind dafür überflüssig, brauchen sich nicht mehr abzuarbeiten mit harter und mühseliger Feldarbeit – unter diesen Verhältnissen kein Grund zur Freu-



de! Aber für dieses neue „Problem“ gibt es ja eine neue Lösung: die heißt (bei uns wohlbekannt) *Arbeitsplatzsuche*.

- b) *Lohnarbeiter* – werden ganz im Sinne der alten Marxschen Bestimmung „doppelt frei“ gemacht: frei von allen Mitteln bzw. Ansprüchen einer gesicherten Existenz (wie armselig die in ihren Volkskommunen oder Betrieben auch ausgesehen hatte) und frei als Personen (Bewegungsfreiheit). Die Reformkommunisten erklären damit das, was ihren Sozialismus praktisch am meisten vom Kapitalismus der restlichen Staatenwelt *unterschieden* hat, für überholt. *Die Mehrheit der Leute muss um ihren Lebensunterhalt kämpfen, ohne dafür über entsprechende Mittel zu verfügen!* Von dieser denkbar härtesten Erpressung wollte die sozialistische Staatsgewalt ihr Volk befreien und hatte *sich selbst* in dieser Frage zuständig gemacht. Diese Zuständigkeitserklärung nimmt sie mit ihren Reformen nach und nach auf breiter Front zurück. In den neu eröffneten, außerhalb staatlicher Planung stehenden Unternehmen oder in den Sonderwirtschaftszonen gibt es keine Arbeitsplatzgarantien nach dem Modell der „eisernen Reisschüssel“ mehr. Das war im chin. Sozialismus zwar nicht flächendeckend verwirklicht, aber immerhin so etwas wie ein ernsthaftes Ideal. Seinen Staatsbetrieben erlaubt der Staat seit den neunziger Jahren Entlassungen, damit sie ihrer neuen Pflicht zur Rentabilität nachkommen können (Wie alles im großen China, sind das unvorstellbare Größenordnungen: 2002 waren es bereits 48 Millionen, die aus Staatsbetrieben entlassen waren!). <Zugleich (2. Freiheit!) hebt die KP die alte Trennung von Stadt und Land (hukou-System) auf, zunächst nicht offiziell, aber doch geduldet, so dass die auf dem Land überflüssig gemachten Menschen in die Städte wandern und sich dort Möglichkeiten fürs Geldverdienen suchen können.>

Wie sieht nun ein solcher Arbeitsplatz aus, an dem man für den Fall, dass man Glück hat und einen ergattert, sein Geld verdienen kann? Seine Zweckbestimmung heißt (kein bisschen anders als bei uns): Er ist Mittel dafür, Profit zu produzieren. Er ist nicht das Mittel derer, *die arbeiten*, sondern er ist das Mittel derer, die die *Arbeit anderer* mit ihrem *Geld kommandieren, um selbst reicher zu werden*. Die Subsumtion von Arbeit unter das Diktat der Rentabilität macht sich an allen Ecken und Enden geltend, bei der Lohnhöhe, der Arbeitszeit, der Intensität der Arbeit – und zwar immer *gegen* die Lohnarbeiter.

*Für was* der verdiente Lohn geradestehen muss, ist gleich die nächste Frage, da sich der Staat schrittweise von seinen alten Zuständigkeiten verabschiedet, die Lebensmittelpreise schrittweise freigibt, seine kostenlose Gesundheitsfürsorge umwandelt, keine Wohnungen mehr zur Verfügung stellt usw.

Der Sache nach ist dieser Prozess – Trennung der Arbeitsbevölkerung von ihren vorherigen sozialistischen Rechten – eine gewaltsame Angelegenheit. Die Kommunistische Partei hat durchaus ein Bewusstsein davon und

deshalb versucht sie, die Härte dieses Programms tatsächlich *sozialverträglich* abzuwickeln. Übrigens: an dieser Stelle fällt der Zynismus einer solchen begleitenden Politik unmittelbar auf, sogar denjenigen, die ihn am Programm des deutschen Sozialstaats nie bemerken wollen! Die Freisetzung der Bauern steuert sie dosiert durch Preissubventionen für Agrarprodukte; die Subventionen von Lebensmitteln und Wohnungen werden nicht abrupt, sondern Schritt für Schritt abgebaut; die Entlassungen aus ihren Staatsbetrieben über Jahre verteilt, viele mit Frühverrentung oder einem Zustand beendet, der „Warten auf Arbeit“ heißt und mit Geldzahlungen durch die Betriebe verbunden ist. All das ändert nichts daran, dass dieses Programm die chinesischen Menschen auf Dauer zwingt, allein für sich und ihren Lebensunterhalt geradezustehen – ob sie dazu in der Lage sind oder nicht. Wie gesagt – *das ist Freiheit*, wie sie hier im Westen ganz selbstverständlich für unerlässlich und toll gehalten wird, und nun eben auch im großen China (dass viele Millionen Leute aus den Dörfern abgewandert sind, kaum dass dieses Programm in der Welt war, wirft rückwärts ein ziemlich schlechtes Licht auf Maos Volkskommunen).

- c) *Kapitalisten* – woher kommen sie in einer sozialistischen Planwirtschaft? Die hat über fast alles verfügt, was der Kapitalismus auch kennt (Geld, Ware, Gewinn, Kredit) – aber genau das, die privaten Eigentümer, hatte sie beseitigt. Nun fehlen sie also. Ein Teil von ihnen kommt in der Folge sozusagen geplant auf die Welt. Das sind die staatlichen Betriebe, die der chin. Staat als Partner für die joint ventures, die Zusammenschlüsse mit ausländischem Kapital, aussucht. Der Teil chinesischer Unternehmer, der eher ungeplant die Bühne der Welt betritt, tut das zwar nicht auf Befehl der KP, dafür stammt er in den allermeisten Fällen aus den ihren Reihen – auch das durchaus eine kleine Ironie der Weltgeschichte. Es sind die rüh- rigen Genossen, die in den neunziger Jahren aus ihrem Zugriff auf Ressourcen – Land, Transportmittel, eine Fabrik, Kontakte zu staatlichen Banken oder auch Leute, bspw. Soldaten der VBA – eine Produktion für die neu entstehenden Märkte *neben dem Plan* machen. Sie verwandeln also Macht in Geld und Kapital. Dieser Vorgang wird meist als „Korruption“ bezeichnet – was sachlich nicht zutrifft. Unerlaubte Vorteilsnahme durch Bestechung unterstellt prinzipiell die Trennung von Ökonomie und Staat; Korruption findet statt, wenn die staatlichen Behörden ihre Entscheidungen für Geldzahlungen zugunsten eines bestimmten Unternehmens zurechtbiegen. In China *entsteht* aber durch diesen Prozess erst die *neue Klasse selbstständiger Unternehmer*, die sich aus altem, staatlich bewirtschafteten Volkseigentum das „zu eigen“ macht, was sich von da an in ihrer, d.h. privater Hand vermehren soll – und *so* trennt sich auch „die Wirtschaft“ vom staatlichen Kommando über sie erst nach und nach ab. Staatliche Zugriffsmacht wird zur Quelle privater Eigentumsbildung – deshalb stammen die heutigen ökonomischen Nutznießer des neuen kapi-

talistischen Systems zum großen Teil aus der politisch herrschenden Klasse der KP-Funktionäre – woher auch sonst?

Ad 2.) zur Öffnung und zur Weltmarktteilnahme Chinas

Dass die Öffnung Chinas für ausländisches Kapital nicht zum Schaden dieser Nation ausgefallen ist, wie das normalerweise bei Drittweltstaaten, aber durchweg auch den Auflösungsprodukten des Ostblocks der Fall ist, ist ebenfalls die Tat der Kommunistischen Partei. Diese Lehre ihres Großen Vorsitzenden hat sie sich jedenfalls bewahrt: sie macht sich nichts vor über die Zwecke, mit denen Unternehmen und Staaten bei ihr anklopfen. Sie hat deshalb 1.) immer dafür gesorgt, dass ihr eigener Handlungsspielraum so weit als möglich gewahrt bleibt (keine Auslandsverschuldung, Sonderwirtschaftszonen als abgetrennte Zonen, die die Restökonomie in ihrem Funktionszusammenhang unberührt lassen). Sie hat 2.) darauf bestanden, dass jedes Geschäft Chinesen mit ins Boot nimmt, sei es als Partner, sei es als Zulieferindustrie. Und sie hat 3.) nur produktive Investitionen zugelassen, keine finanzkapitalistischen spekulativen Geschäfte und dafür auch ihr nationales Geld, den Renmimbi, bis heute nicht voll konvertibel gemacht.

Dass die KP diese Bedingungen aufstellen *konnte*, dass sie trotz dieser Restriktionen seit vielen Jahren die Hauptmasse ausländischer Kapitalinvestitionen auf sich zieht, liegt allerdings nicht an ihrer besonderen Cleverness. Immerhin verwaltet sie mit China einen den letzten *großen* weißen Flecken auf der Weltkarte des Kapitals und 1,3 Milliarden Chinesen, auf die sich dieses gerne stürzen will – ein ganz und gar unwiderstehliches Angebot sowohl in Sachen Billiglohnland wie auch zunehmend als neuer großer Markt. Und zudem sie hat es in der Gemeinschaft der Staaten, die dieses Angebot ausnutzen wollen, nach dem Abanken der Sowjetunion nicht mehr mit einer *geschlossenen* Front zu tun bekommen, sondern mit *Konkurrenten*, die sich wegen ihrer eigenen *gegensätzlichen* Ambitionen in Sachen Weltmarkt und Weltmacht nicht mehr zu einem gemeinsamen Handeln entschlossen haben.

Anders gesagt: *das alles* – Größe des Landes, Billigkeit seiner Produzenten und vor allem Zahl seiner potentiellen Konsumenten, Konkurrenzsituation der multinationalen Kapitale und Weltmächte sowie eine Staatsführung in Gestalt einer Kommunistischen Partei, die kompromisslos darauf besteht, dass die Öffnung des Landes China nutzen muss – *all das* muss schon zusammenkommen, damit einmal in der Weltgeschichte die *westliche Ideologie halbwegs wahr* wird, dass Auslandsinvestitionen zu nationalem Aufbau beitragen.

Und auch das ist ein interessanter Schluss an dieser Stelle: der sture Nationalismus der KP, der ziemlich tödlich war für ihr sozialistisches Programm, der erweist sich für den neuen chinesischen Kapitalismus als außerordentliche Produktivkraft!

Ad 3.)

< Die übliche Perspektive, das politische System des modernen China zu beurteilen, besteht darin, es als *defizitäre Abweichung* von westlichen Standards zu betrachten. Damit bringt man es einerseits zu ganzen Ketten von *Negativaussagen*: Nein, China hat keine Demokratie. Nein, mehrere Parteien gibt es nicht. Nein, eine Gewaltenteilung existiert nicht. Nein, die Chinesen dürfen ihre Politiker nicht wählen – ein Gedanke, der in seinem Gehalt ziemlich dürftig ist, die Experten für Vergleichende Regierungslehre aber trotzdem zufrieden zu stellen scheint. Immerhin kann man ihn noch gehörig ausweiten, indem man das „nicht“ als „noch nie“ oder „noch immer nicht“ oder „ansatzweise doch schon“ weiter spinnt. *Warum* das Staatswesen der heutigen Volksrepublik westliche Verfahrensweisen ablehnt und *was* es stattdessen auszeichnet, erscheint belanglos. Klar ist damit erstens, dass die *Maßstäbe, an denen* man China beurteilt, ihre Heimat bei *uns*, in Marktwirtschaft und Demokratie, haben. Entweder wird es ihnen *nicht* gerecht oder man gesteht ihm „freundlich“ zu, dass es schon auf einem guten Weg dorthin ist – etwas anderes scheint es schlicht nicht zu geben. So schwingt man sich zum geistigen Richter über das Land auf, indem man es an allen möglichen Kriterien guten Regierens misst und mehr oder weniger – schlecht aussehen lässt: China – *nicht* demokratisch, aber auch nicht wirklich *stabil* und – auch das wird allen Ernstes vorwurfsvoll vorgetragen! – nicht mehr *sozialistisch*.

China ist heute eines der wenigen Länder in dieser Welt, die sich offiziell noch kommunistisch nennen. Im Unterschied zur Sowjetunion hat es in der Volksrepublik keinen Abschied von seiner Vorgeschichte, dem großen Vorsitzenden Mao und seiner kommunistischen Partei gegeben. Die sitzt fest im Sattel, veranstaltet Parteitage und nationale Volkskongresse, zu denen hoch dekorierte Offiziere der Volksbefreiungsarmee kommen und die bunt gewandeten Vertreter aller 56 Minderheiten. Die Partei schreibt sich Fünfjahrespläne, als gäbe es nicht längst eine kapitalistische Ökonomie in ihrem Land. Und in ihren Parteiprogrammen schwafelt sie von der endgültigen Durchsetzung des wissenschaftlichen Sozialismus, der harmonischen Gesellschaft, und dass der Sozialismus sich bei ihr noch in seinem Frühstadium befindet und noch etwa 100 Jahre braucht. *Wie passt das eigentlich zu dem, was sich in der inzwischen unübersehbar marktwirtschaftlichen Realität des Landes abspielt?* >

Die Kommunistische Partei beharrt auf ihrem *Machtmonopol* – gerade wegen (nicht trotz!) der neuen marktwirtschaftlichen Ökonomie, zu der sie ihren alten Sozialismus transformiert. Der Zustand ihrer nationalen Ökonomie erscheint ihr nämlich – bei allen Erfolgen, die sie in den letzten Jahren verbucht – insgesamt *prekär*. Die erwünschte kapitalistische Akkumulation hat, bezogen auf das ganze Land, noch immer den Charakter von *Ausnahmen*; die soziale Frage, Ergebnis des Bauernlegens und der Unternehmensreform, ist für sie keineswegs im Sinne einer sicheren staatlichen Kontrolle aller unterworfenen Interessen geklärt. Als Resultat der Einführung der kapitalistischen Wirtschaft entwickeln

sich soziale wie regionale Ungleichheiten und damit neue gesellschaftliche Gegensätze, die die Geltung der Zentralgewalt und die Einheit des Landes elementar in Frage stellen. Den führenden westlichen Staaten traut sie überdies (und zu Recht!) alle erdenklichen Versuche zu, die wieder zugelassenen Geschäftsbeziehungen dafür zu nutzen, die Volksrepublik systematisch zu schwächen und ihren (Wieder-)Aufstieg in die Liga der Großmächte dieser Welt zu verhindern.

Aus dieser Lage der Volksrepublik, die sie mit ihren Entscheidungen zur sozialistischen Modernisierung selbst herbeigeführt hat, zieht die kommunistische Führung den Schluss, dass es in der Phase des gesellschaftlichen Umbruchs eine Kraft braucht, die mit hartem Griff alle partikularen bis feindseligen Interessen zügelt und damit sicherstellt, dass der erste und eigentliche Nutznießer der Einführung des Kapitalismus die chinesische *Nation* ist – und nicht nur ein paar Immobilienmakler. Das kann selbstverständlich nur sie selbst sein – die Kommunistische Partei Chinas, deren Programm von jeher der Dienst an der Nation gewesen ist. Wie selbstverständlich findet eigentlich jeder Journalist und gute Bürger diese Schlussfolgerung, wenn es um die eigene Nation geht? Krise – Durchregieren, Entschlusskraft, Führung – auch wenn es hier 5 Parteien sind, die darum konkurrieren, wer die beste Führung für das Land hinlegt!!!

Das sind also die Argumente, die für die KP begründen, warum sie die Einführung des Kapitalismus nicht mit einer Änderung ihrer politischen Herrschaftsorganisation verbunden hat und auch fürs erste nicht verbinden wird. Dass *eine* Partei regiert (und nicht mehrere), ist allerdings noch längst keine erschöpfende Auskunft darüber, *wie* Politik in China heute funktioniert, welche Probleme sie sich definiert und wie sie damit umgeht. Dafür ein paar Beispiele:

- Diese KP arbeitet einerseits ernsthaft (und keineswegs zum Schein) am Aufbau eines Rechtsstaat, der erstens ein Funktionserfordernis ihrer neuen Marktwirtschaft ist und zweitens vor allem den Reformprozess unwiderruflich festklopfen soll, indem der Entschluss zur Marktwirtschaft als *gültiges Gesetz* sämtlichen Parteidiskussionen entzogen wird. (westliche Staaten, die mit China einen sog. „Rechtsstaatsdialog“ führen, finden das extrem wichtig: Kapitalismus irreversibel machen, Systemfrage festklopfen – da sind sie keinesfalls dafür, diese Frage weiter einem demokratischen Diskurs von Partei und Gesellschaft zu überlassen!)

- Diese KP und ihre sozialistische Demokratie hat politisch vor allem folgende Grundfragen zu bewältigen: 1.) die Frage institutionalisierter Herrschaftsablösung 2.) eine angemessene Allgemeinwohldefinition zu formulieren, die aktuelle Ausformung der Staatsraison zu ermitteln: dazu holt sie sich private Unternehmer in ihre Partei, dazu stärkt sie ihren nationalen Gewerkschaftsbund und dazu ruft sie zur Bildung ständischer Interessenvertretungen im Rahmen des staatlich Erlaubten auf; d.h. sie sucht nach Wegen, alle möglichen neu in ihrer Gesellschaft entstandenen Interessen zu Wort kommen zu lassen und auf ihre Staatsnützlichkeit hin zu beurteilen, nur soll dies eben alles im Rahmen *einer* großen Partei passieren. 3.) stellt sie sich der *Unzufriedenheit*, die in ihrem Land existiert. Wenn sie sich in ihrem Land mit Beschwerden konfrontiert sieht und das

ist durchaus zunehmend der Fall (die Zahl der ‚Arbeitskonflikte‘ und anderer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen steigt rapide an), besteht die erste Option der chinesischen Staatsgewalt im Niederschlagen dieser Proteste, wo immer sie sich rühren. Der Einsatz offener *staatlicher Gewalt* gegenüber dem Volk ist im Zuge der flächendeckenden Ausbreitung marktwirtschaftlicher Prinzipien nicht geringer geworden, sondern hat ganz im Gegenteil stetig zugenommen. Das ist eben der Zusammenhang, den die Freunde der Marktwirtschaft nie so gern erkennen wollen: wie *notwendig* Gewalt zu dieser Produktionsweise gehört, die auf lauter harten Gegensätzen beruht! Auf der anderen Seite versucht die Pekinger Zentralregierung aber auch zu unterscheiden, wo die Beschwerden ökonomischen oder politischen Zuständen gelten, die sie selbst als disfunktional einstuft (Fälle von Sklavenarbeit bspw. will sie nicht haben in ihrem Land und hat selbst eine Pressekampagne dagegen gestartet. Oder die Fälle von unrechtmäßiger Enteignung von Bauern durch ihre eigenen Parteifunktionäre, die sie als „Korruption“ verfolgt; usw. – sie versucht also, allgemein gesagt, systemnötige von unnötiger, bloß „persönlicher“ Brutalität zu trennen. 4.) lässt die Kommunistische Partei ihr Volk, das sie in die marktwirtschaftliche Konkurrenz geworfen hat, bei der Frage nach dem *Sinn* des Ganzen wie auch ihrer persönlichen Opfer nicht alleine. Sie hat inzwischen die tröstende Funktion der Religion neu entdeckt und gesteht vielen, wenn auch nicht allen Sekten, Handlungsfreiheit zu; je mehr im Alltag die Ellbogengesellschaft um sich greift, legt sie Wert darauf, Gemeinschaftsgeist zu propagieren und greift dabei gerne zurück auf die ideologischen Relikte ihres Kommunismus – „harmonische Gesellschaft“. Und sie versorgt ihr Volk mit kulturellen und patriotischen Erlebnissen, die es (kein bisschen anders als bei uns) gerne mitfeiert und mordsmäßig stolz ist auf sein Land, dessen Aufstieg usw.

Wenn man das alles nicht schön und Chinas Rechtsstaatlichkeit und Politik ebenso gemein-herrschaftstechnokratisch wie volksverdummend findet, liegt man m.E. nach richtig. Genau so etwas gehört auf der Seite der Staatsgewalt offenbar dazu, wenn man ein System wie den Kapitalismus in sein Land einführt und für den Erfolg der Nation nutzbar machen will.

An dieser Stelle muss ich allerdings unbedingt noch einen Seitenhieb auf den Westen loswerden: Die westlichen Staatswesen, die sich heute so selbstgerecht ihrer Zivilgesellschaft rühmen, haben ihren Weg hin zu „etablierten Weltmächten“ nämlich sicher nicht mit demokratischen Diskursen gemacht. Sie haben erstmal kaltlächelnd ganze Arbeitergenerationen verschlissen und Widerstand aller Art, Klassenkampf, regionalen Separatismus usw. gewaltsam niedergemacht; dann haben sie sich nach langen Kämpfen, in denen sie die Protagonisten von Gewerkschaften, SPD und Kommunisten verfolgt und kaltgestellt haben, ein paar Rücksichtnahmen auf die Arbeiter und deren Lebensnotwendigkeit aufherrschen lassen, um heute, wo die kommunistische Systemalternative nicht mehr existiert, ihren großartigen Sozialstaat mehr oder weniger zum Abschuss freizugeben.

Von Kriegen, faschistischen Sonderetappen und deren erzieherischer Wirkung auf die Arbeiterklasse will ich hier gar nicht erst reden. Es sind die westlichen Staaten, die dieser Welt vorgemacht und die Maßstäbe dafür beigebracht haben, wie man für die Erfolge seiner Marktwirtschaft rücksichtslos die Umwelt ruiniert und eine Dritte Welt zu neuen Rekord-Hungerkatastrophen treibt. Und politisch sind Sondergerichtsbarkeit, Verfassungsschutz, Berufsverbote usw. Sachen, die in unserer menschenrechtlich perfekten Demokratie fest beheimatet sind. Und wenn auf dieser nur ein ganz bisschen gewalttätigen Basis alles fest im Griff der Herrschaft ist, dann, ja dann gibt es tatsächlich Wahlen und Meinungs- und Pressefreiheit! Und letztere funktioniert tatsächlich auch noch ganz von selbst und viel besser als jede Zensur. So nämlich, dass sie politische Einreden, die nicht die konstruktive Sorge um den Erfolg dieser Republik zum Inhalt haben, ganz wie von selbst als nicht befassungswürdig totschweigt oder ins Leere laufen lässt – von gestern, unrealistisch, utopisch, auf alle Fälle eben daneben und irre heißt es dann.

Zusammengefasst: Das theoretisch Unlautere an den entsprechenden Vorwürfen an die Chinesen ist, dass ein Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen aufgemacht wird: Äpfel – das ist ein Land, das damit befasst ist, mit aller dafür nötigen Gewalt den Maßstab des Privateigentums zur gültigen gesellschaftlichen Maxime zu machen und die dazu passende Zentralgewalt herzustellen. Birnen – das sind Staatswesen, die genau das die letzten 150 Jahre mit aller Härte durchgesetzt, ihre Gesellschaften von A – Z gleichgeschaltet und jeden Fitzel von Interessenverfolgung auf sich, ihr Recht und ihr demokratisches Procedere verpflichtet *haben* und die damit zu Nutznießern der von ihnen geschaffenen Weltmarkt und Weltordnung geworden sind. Deren Journalisten rechnen China die *faux frais* seiner ursprünglichen Akkumulation vor – um es mal mit zwei Marx-Begriffen zu sagen, die ihre Staaten so erfolgreich hinter sich gebracht haben. Das ist ebenso selbstgerecht wie verlogen.

Ein letztes Mal zurück: So wie in China geht es also zu, wenn ein Land einen erfolgreichen „Aufstieg zur Weltmacht“ hinlegt. Und in der Tat: China ist heute das einzige „Entwicklungsland“, das sich tatsächlich in dem Sinne *entwickelt* hat, wie es die westlichen Staaten ihren entkolonialisierten Zöglingen seit Jahrzehnten immer so generös verheißen. Aus einem rückständigen Land ist ein potenter kapitalistischer Staat geworden, der den etablierten Weltmächten inzwischen auf gleicher Augenhöhe gegenübertritt. *Dieses* Resultat – dass mit der Öffnung Chinas weltmarktfähige chinesische Kapitale und ein dermaßen potenter Staat entstehen – haben die westlichen Staaten wirklich weder vorausgesehen noch gewollt. Entsprechend widersprüchlich ist ihre Stellung zu dem Newcomer in „ihrer“ Staatenkonkurrenz: sie *brauchen* China (und übrigens auch in ganz besonderer Weise die angefeindete Kommunistische Partei, die für Stabilität und Benutzbarkeit dieses Landes gerade steht). Und sie *bekämpfen* es zugleich – ökonomisch, strategisch und ideologisch. Damit sind wir zurückgekehrt zum Anfang: Das ist der Ursprung des Feindbilds, das es zu diesem Land gibt.